
Antrag
„Verbot von kostenpflichtigen Sonderrufnummern für Behörden“

Die Jungen Liberalen fordern die Bundesregierung auf, per Gesetz zu verankern, dass es Behörden und staatlichen Institutionen nicht erlaubt ist, kostenpflichtige Sonderrufnummern zu verwenden.

Begründung:

Es ist mittlerweile üblich geworden, dass Unternehmen sämtliche Auskünfte und Dienste über kostenpflichtige Sonderrufnummern anbieten. Letztlich zahlt somit der Endverbraucher über seine Telefonrechnung dem Unternehmen ein zusätzliches Entgelt.

Behörden und staatliche Institutionen finanzieren sich weitestgehend aus Steuergeldern und sollten für einen Aufwand oder sonstige Dienste keine zusätzlichen Einnahmen aus der Abzocke per Telefon generieren.

Der Staat dient hier als positives Beispiel und sollte sich diese Rolle vorbehalten.

Einer Finanzierung des Staates mittels kostenpflichtiger Sonderrufnummern widersprechen die Jungen Liberalen deutlich.